

Antragsteller:innen

AG Bildung Stadt Halle, Thomas Lippmann (KV Wittenberg), Julia Mayer (KV Saalekreis), Gregor Lehmann und Hendrik Lange (SV Halle)

Änderungsantrag Nr. 7

1. Die Zeilen 1066 bis 1095 werden in die Zeile 1913 verschoben.
Der Text aus Zeile 1913 rückt an das Ende des Kapitels.
2. Die Zeilen 1097 bis 1158 werden in die Zeile 2352 verschoben.
3. Die Zeilen 967 bis 1064 sowie 1162 bis 1425 werden wie folgt ersetzt:

5. Bildungsgerechtigkeit schaffen - gemeinsam, miteinander, füreinander!

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem modernen Bildungsland Sachsen-Anhalt

Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen ist für die Kitas und Schulen in Sachsen-Anhalt verheerend. Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sie sind vor allem unser Hier und Jetzt! Ihre Bedürfnisse gehören daher in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik. Doch statt ihnen mehr Unterstützung zu bieten, sind Kinder, Jugendliche und ihre Familien immer häufiger auf sich allein gestellt. So werden Bildungserfolge beeinträchtigt und sozialer Aufstieg behindert. Insbesondere Kinder aus sozial belasteten Familien, mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung haben es immer schwerer.

In den öffentlichen Schulen sinkt die Zahl der Lehrkräfte Jahr für Jahr. Die extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen den Schulformen und Regionen trägt erheblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Der Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler:innen ist mit Blick auf die Vergleichsstudien der letzten Jahre alarmierend.

Durch völlig unzureichende Rahmenbedingungen fällt es vielen Schulen schwer, den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Schüler:innen gerecht zu werden. Insbesondere werden der gemeinsame Unterricht von Schüler:innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen und Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen in das Schulsystem immer mehr erschwert.

Das ist auch ein Grund, warum die Anzahl von Schüler:innen immer weiter steigt, die die Schulen ohne Abschluss verlassen. Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen kann in Sachsen-Anhalt keine Rede sein. Die soziale Schere öffnet sich auch in der Bildung immer weiter.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns: Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben – unabhängig davon, ob die Eltern reich oder arm sind, ob jemand in der Großstadt, in einem Dorf oder in einer schrumpfenden Region lebt. Gerechte Bildungspolitik gleicht soziale Unterschiede aktiv aus, anstatt sie zu verfestigen.

Bildungsgerechtigkeit braucht verlässliche öffentliche Investitionen. Wir stehen für eine Abkehr von der „Rotstiftspolitik bei den Kleinen“: Wer von Zukunft redet, muss in Schulen, Kitas, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Weiterbildung und digitale Infrastruktur dauerhaft und ausreichend investieren. Die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen muss wieder zur zentralen Aufgabe der Landespolitik werden. Die Linke denkt dabei immer gemeinsam, niemals alleine.

Unser Masterplan für gute Kitas und gute Schulen

Multiprofessionelle Teams – der Schlüssel zum Erfolg!

Durch multiprofessionelle Teams wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen ganzheitlich und individuell betreuen. In den multiprofessionellen Teams sollen Erzieher:innen und Lehrkräfte mit pädagogischen Mitarbeiter:innen, Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Sonderpädagog:innen und Fachkräften für die Sprachförderung zusammenarbeiten. Sie sollen Kinder und Familien von Anfang an unterstützen und sie in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen stärken. Dafür benötigen wir ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und gesicherte Strukturen – und das ein Leben lang.

Für den flächendeckenden Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams werden wir:

- die Konzeption für den Einsatz multiprofessioneller Teams in Kitas und Schulen weiterentwickeln,
- die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung der Konzeption sicherstellen und so die Grundlage für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht von Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf an allen Regelschulen schaffen,
- die beteiligten Fachkräfte kontinuierlich fortbilden, um die Zusammenarbeit und Kommunikation zu unterstützen.

Sozialarbeit in Kitas und Schulen dauerhaft verankern und stärken

In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als unverzichtbar etabliert. Sozialarbeiter:innen begleiten und unterstützen die Lern- und Entwicklungsprozesse in der Schule und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Familie und Jugendhilfe. Mit ihrer Hilfe können problematische Entwicklungen erkannt und angegangen werden. Zudem leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag für den Übergang zwischen den einzelnen Bildungsphasen – von der Krippe bis zur Berufsausbildung.

Daher wollen wir:

- gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Sozialarbeit in Kitas und Schulen zu verstetigen und bedarfsgerecht auszubauen und so die bisherige Folge von zeitlich begrenzten Projektphasen in den Schulen aus verschiedenen ESF-Programmen ablösen und die Finanzierung über ein Landesprogramm dauerhaft sichern,
- für den Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen ab dem Schuljahr 2028/29 einen Personalschlüssel von einer Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler:innen festschreiben und somit ca. 1.200 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen; die Schulsozialarbeit soll dabei weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden,

- eine enge Kooperation zwischen Kita und Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferenzen, strukturierte Übergaben) erreichen, um stabile Beziehungen, frühe Krisenerkennung und verlässlich begleitete Übergänge zu sichern.

Bildung in digitaler Gesellschaft

Lernen und Lehren verändern sich in einer digitalen Gesellschaft rasant und radikal – in Kita wie auch in Schule, Berufsschule und Hochschule. Digitalität ist die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Das heißt: Sie brauchen vielfältige Kompetenzen, um digitale Medien innovativ, selbstbestimmt und lernförderlich zu nutzen und zu gestalten.

Digitale Achtsamkeit und Kinderschutz muss dabei immer einen sehr hohen Stellenwert haben, heißt aber für uns nicht, Kindern den Zugang zu verwehren. Auch hier gelten die Rechte der Kinder aus der Kinderrechtskonvention 1989. Unser Ziel ist, einen kompetenten Umgang mit Datenschutz und mit Persönlichkeitsrechten sowie einen gesundheitsbewussten Umgang zu fördern.

Frei zugängliche Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) unterstützen die Arbeit in den Bildungseinrichtungen und ermöglichen einen ressourcensparenden Umgang mit öffentlichen Mitteln. Deshalb soll die Nutzung von OER-Bildungsmaterialien gezielt unterstützt werden.

Um digitale Mündigkeit für die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, wollen wir:

- ein leistungsfähiges Internet wie auch digitale Geräte allen Kindern und Jugendlichen in ihren Bildungsorten – in Kita wie auch in Schule – für die eigenständige Nutzung zugänglich machen,
- digitale Kompetenzen vermitteln, um hinter die Kulissen von Algorithmen schauen zu können und sie zu verstehen und zu gestalten,
- Medienkompetenz vermitteln, um Medien zu kennen, Medien zu nutzen, mit Medien zu lernen, zu forschen, zu recherchieren, zu spielen,
- Künstliche Intelligenz beim Lehren und Lernen so einsetzen, dass ihre Potenziale vor allem lernförderlich und nicht nur als schnelle Hilfen genutzt werden; künstliche Intelligenz darf nicht eigenes kritisches Denken und digitale Mündigkeit ersetzen.

Bildung für alle – von Anfang an: Kitas stärken

Frühkindliche Bildung legt die Grundlagen für spätere Bildungswege, Gesundheit und soziale Teilhabe. Kitas sind Bildungsorte, in denen Kinder in der Gemeinschaft spielen, lernen, sich ausprobieren, Fehler machen und Vertrauen in sich selbst entwickeln. Sie sind zugleich Orte der Familienunterstützung und der frühen Hilfen, gerade in sozialen Krisensituationen. Jedes Kind in Sachsen-Anhalt muss von Klein auf die bestmögliche Förderung und vor allem bestmögliche Bildung erfahren.

Dafür wollen wir durchsetzen, dass:

- jedes Kind einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen von 10 Stunden hat,
- die Bildung in Kindertageseinrichtungen für alle Eltern beitragsfrei wird,
- die Personalschlüssel entsprechend den wissenschaftlichen Empfehlungen auf 1:3 in der Krippe und auf 1:7,5 im Kindergarten verbessert werden; gute pädagogische Arbeit, Sprachbildung, Inklusion und Elternarbeit sind nur mit ausreichend Zeit und Personal möglich,

- alle Kinder in Kitas und in der Tagespflege eine kostenlose Mittagsversorgung erhalten und in allen Einrichtungen Trinkbrunnen gefördert werden,
- für die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen mit den Jugendämtern abgeschlossen werden, um verlässliche Beschäftigungsperspektiven zu schaffen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- ein neues transparentes Finanzierungssystem eingeführt wird, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzierungsanteil der Gemeinden aufhebt und die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in eine Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten legt; die bisherigen Elternbeiträge sowie die höheren Kosten durch bessere Personalschlüssel werden dabei vollständig durch das Land finanziert,
- dem Programm *Bildung elementar – Bildung von Anfang an* ein größerer Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte eingeräumt wird,
- gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Fachkräften und Eltern der verbindliche Kita-Qualitätsrahmen in Sachsen-Anhalt konsequent einheitlich umgesetzt wird,
- die pädagogische Arbeit der Erzieher:innen durch die Gewährung von Arbeitszeit für die Vor- und Nachbereitung qualifiziert wird.

Um unserem breiten Bildungsverständnis Rechnung zu tragen, wollen wir die Verantwortung für die frühkindliche Bildung und für die Kinder- und Jugendhilfe stärken und an ein Ministerium für Bildung und Jugend übertragen.

Schulerfolg für alle Schüler:innen sichern – Inklusion an den Regelschulen voranbringen

Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen Sprachen, Lebenslagen, Lernvoraussetzungen und Begabungen – gemeinsam lernen und ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Inklusion ist ein Menschenrecht, kein freiwilliges Zusatzangebot. Sie schützt vor Aussonderung und fördert sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist für uns der Anspruch auf eine erfolgreiche, inklusive Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler:innen verbindlich.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Förderung von allen Kindern strukturell verbessern (Klassengrößen, Teameinsatz, differenzierte Lernmaterialien) und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagog:innen einsetzen. Wir werden die Möglichkeiten der Förderung zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern. Dazu zählen u.a. die bedarfsgerechte Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Unterstützung von Werk-statt-Schule-Angeboten.

Wir wollen Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht fernbleiben, nicht kriminalisieren. An die Stelle von Bußgeldern und Jugendarrest müssen mehr sozialpädagogische Begleitung, individuelle Förderpläne und alternative Lernorte treten, um schrittweise wieder Anschluss an Bildung zu ermöglichen. Die Bewertung des Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle Rückmeldungen ersetzen.

Länger und gemeinsam Lernen – berufspraktische Bildung verbessern

Eine gute Schulbildung für alle ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Dabei kommen der Ausweitung der Lernzeit und des gemeinsamen Lernens entscheidende Bedeutung zu.

Dafür werden wir:

- wieder eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht einführen und Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen,
- inklusiv arbeitende Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen besser unterstützen und ihren Ausbau voranbringen,
- für alle Schulen der Sekundarstufe I berufspraktischen Unterricht einführen.

Erweiterte Gemeinschaftsschulen als zweite Säule des Schulsystems entwickeln

Die Gemeinschaftsschule ist unser Leitbild für eine Schule der Zukunft, in der länger gemeinsam gelernt wird, Bildungswege flexibler sind und sich Abschlüsse an den Potenzialen der Schüler:innen statt an ihrer frühen Sortierung orientieren. Die Gemeinschaftsschulen haben sich etabliert und sind bei den Eltern beliebt.

Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Dafür sollen Gemeinschaftsschulen noch attraktiver werden und künftig neben dem Haupt- und dem Realschulabschluss auch die Fachhochschulreife vergeben können. Erweiterte Gemeinschaftsschulen sollen die Möglichkeit erhalten, in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe einzurichten.

Mittelfristig soll sich auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Schulen und Schulträgern ein Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herausbilden. Für die Schulwahl am Ende der Grundschulzeit sollen die Eltern dann Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahnenempfehlung mehr erhalten. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll zu jedem neuen Schuljahr möglich sein.

Außerdem wollen wir die Bildung gymnasialer Oberstufenzentren als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen ermöglichen; die Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll allgemein wieder auf 50 Schüler:innen abgesenkt werden.

Beste Ausbildung für gute berufliche Perspektiven und einen starken Fachkräftenachwuchs

Die Linke setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung zu verbessern. Die Berufsbildenden Schulen sind dabei das Rückgrat der dualen und schulischen Ausbildung. Darüber hinaus ermöglichen sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Schulabschlüsse nachzuholen und schaffen Übergänge in weitere Bildungsgänge.

Die Linke will die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern, indem:

- alle Ausbildungsgänge kostenfrei besucht werden können,
- finanzielle Härten durch unvermeidbare Fahrt- und Unterbringungskosten für den Besuch Berufsbildender Schulen durch Landesmittel und angemessene Arbeitgeberbeteiligung abgedeckt werden,
- die Bildung von Landes- und regionenübergreifenden Fachklassen kritisch geprüft wird, um für Auszubildende unzumutbar lange Schulwege zu vermeiden,
- ein Landesprogramm zur Modernisierung der technischen Ausstattung aufgelegt wird, das die Schulträger in die Lage versetzt, Werkstätten, Labore und IT-Infrastruktur auf dem Stand der Technik zu halten.

Technische Hilfsmittel, die für die Ausbildung unverzichtbar sind – etwa Laptops oder Tablets, branchenspezifische Software, digitale Lernplattformen – sollen den Auszubildenden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. So können u.a. in Phasen digitalen

Lernens auch unnötig lange Fahrtwege in die Berufsbildenden Schulen (vor allem im ländlichen Raum) verringert werden.

Den Auszubildenden müssen geeignete Selbstlernmaterialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie Ausbildungsdefizite infolge von Unterrichtsausfall durch Selbstlernphasen kontinuierlich ausgleichen und so ihre individuelle Prüfungsvorbereitung sichern können. Außerdem brauchen Auszubildende insgesamt mehr Zeit, um sich auf Prüfungen vorzubereiten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Auszubildenden für mehrere Tage vor ihren Abschlussprüfungen freigestellt werden, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstehen.

Auszubildende, deren Ausbildung gefährdet ist, müssen intensiver begleitet und beraten werden, um den zu hohen Anteil an Ausbildungsabbrüchen zu reduzieren. Jugendliche ohne Schulabschluss, junge Menschen mit Fluchterfahrung oder mit Behinderungen erfordern besondere Begleitung in der beruflichen Ausbildung. Für sie sollen Brückenangebote, Einstiegsqualifizierungen und assistierte Ausbildung ausgebaut werden.

Rechte am Ausbildungsplatz müssen bekannt sein: Gewerkschaften sollen an Berufsschulen regelmäßig über Arbeitnehmer:innenrechte, Mitbestimmung, Schutzrechte und Tarifverträge informieren können.

Schule als ganztätigen Lern- und Lebensortgestalten

Horte ins Schulgesetz

Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte wieder im Schulgesetz verankert werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll. Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen und so u.a. auch eine systematische Förderung besonders begabter Schüler:innen ermöglichen.

Bildungsräume sichern und gestalten

In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. Die Linke wird deshalb die Mindestjahrgangsstärken für die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch schwankende Schüler:innenzahlen zur Disposition gestellt werden und Schulträger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten entscheiden können. Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

Für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden werden wir verbindliche Vorgaben schaffen. Bei der Raumausstattung und -gestaltung von Schulen wird das Konzept des Lernraums als dritter Pädagoge berücksichtigt, um lernförderliche und -motivierende Lernumgebungen zu schaffen, die Inklusion als auch das individualisierte Lernen sowie selbstorganisiertes Lernen ermöglichen. Wir werden kontinuierlich in die Barrierefreiheit von Schulgebäuden investieren und auch die Arbeitsbedingungen für die Pädagog:innen in den Schulen verbessern.

Bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten werden wir die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützen. Außerdem sollen

die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzaufweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen Pädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und weitere Partner:innen der Schulen eine verbindliche Mitsprache erhalten.

Mehr Eigenverantwortung und Schuldemokratie

Schulen müssen Orte gelebter Demokratie sein. Die Linke setzt sich deshalb für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen ein. Dabei soll es auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die Drittelparität einzuführen. Damit Schulen Motor ihrer eigenen Entwicklung werden, müssen sie selbst mehr über organisatorische, finanzielle und pädagogische Fragen entscheiden können. Die Linke wird den Gesamtkonferenzen zusätzliche Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die Schulträger den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.

Ressourcen sichern: 10 Punkte für eine gute Unterrichtsversorgung

Der extreme Mangel an ausgebildeten Lehrkräften – hervorgerufen durch Fehleinschätzungen des Ausbildungsbedarfs in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten – hat heute massive Auswirkungen auf die Bildungsqualität und trifft besonders Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, aber auch Grund- und Förderschulen. Immer mehr Schulen können die Stundentafel nicht mehr vollständig erfüllen. So sind die Bildungsziele für einen erheblichen Teil der Schüler:innen nicht erreichbar.

Deshalb wollen wir:

- alle bedarfsmindernden Maßnahmen der vergangenen Jahre zurücknehmen und den Personalbedarf durch schulformkonkrete Personalschlüssel für alle Personalkategorien (Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter:innen, pädagogische Unterrichtshilfen, Schulsozialarbeiter:innen) im Schulgesetz verbindlich festlegen,
- die Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden Schulen statt auf vier Schulformen künftig auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter der Schüler:innen orientieren, die beiden Lehrämter für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II sollen auch die Ausbildung in sonderpädagogischen Fachrichtungen beinhalten,
- die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg für das neue Lehramt für die Sekundarstufe I und II um 200 Erstsemesterplätze insbesondere für Mangelfächer erweitern, neue Studiengänge sollen dabei auch das Angebot für eine duale Ausbildung mit einer Bindung an den anschließenden Einsatz in Sachsen-Anhalt erweitern,
- für den Vorbereitungsdienst weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) einrichten und zur Gewinnung zusätzlicher Bewerber:innen Anwärtersonderbezüge zahlen,
- die Gemeinden und Landkreise stärker an der Gewinnung von Lehrkräften beteiligen und durch frühzeitige Einstellungszusagen motivieren, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen, um sie so an die Region zu binden,
- die erfolgreiche Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg durch eine Reduzierung der Belastungen in den ersten zwölf Unterrichtsmonaten und ein erweitertes Fortbildungsangebot unterstützen, Lehrkräfte sollen auch mit nur einem Fach den Vorbereitungsdienst berufsbegleitend absolvieren können oder über den Erwerb einer speziellen Laufbahnbefähigung im Wege der Bewährung mit den vollausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt werden,

- die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte wieder ab dem 60. Lebensjahr gewähren, Lehrkräfte vor Zusatzbelastungen schützen, Teilzeitarbeit erleichtern und den Gesundheits- und Arbeitsschutz verbessern,
- die Erteilung von Unterricht durch geeignete zertifizierte Bildungsträger ermöglichen, auf diesem Weg soll auch ein flächendeckendes Angebot für einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis 9 aufgebaut werden,
- für pädagogische Mitarbeiter:innen und pädagogische Unterrichtshilfen ein Fortbildungssystem etablieren, mit dem die Qualifikation für die spezifischen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule verbessert wird, bei Interesse soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine Unterrichtserlaubnis zu erwerben,
- die Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch den bedarfsdeckenden Einsatz von Schulverwaltungs- und Digitalassistent:innen entlasten.

Lebenslanges Lernen – Bildungsangebote auch für Senior:innen

Lebenslanges Lernen gehört zu einem selbstbestimmten Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Menschen bilden sich in unterschiedlichen Lebensphasen weiter, wechseln Berufe, übernehmen Ehrenämter, engagieren sich vor Ort oder wollen im Alter neue Interessen entdecken. Ein öffentlich verantwortetes System der Erwachsenenbildung ist dafür unverzichtbar.

Deshalb wollen wir Volkshochschulen, Bildungswerke, Einrichtungen der Gewerkschaften, Kirchen und freie Träger als zentrale Akteure der Erwachsenenbildung stärken. Ihre Angebote müssen über das Erwachsenenbildungsgesetz vom Land auch künftig dauerhaft und auskömmlich finanziert werden.

Senior:innenbildung ist für uns ein eigenständiger Bestandteil lebenslangen Lernens. Ältere Menschen benötigen Unterstützung, um digitale Technologien sicher nutzen zu können, z.B. für Behördengänge, Banken, Gesundheitsversorgung und soziale Kontakte. Begegnungsorte, an denen sich Generationen austauschen, gemeinsam lernen und Projekte entwickeln, leisten einen wichtigen Beitrag gegen Einsamkeit und Ageismus. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, lokale Bildungsnetzwerke für alle Altersgruppen aufzubauen.

Um Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Alter, Herkunft, Religion, Wohnort und Geldbeutel zu schaffen, müssen Prioritäten neu gesetzt und Entscheidungen mutig und nachhaltig getroffen werden. Die Zukunft des Landes und seiner Menschen hängt entschieden davon ab, dass in der Bildungspolitik endlich neue Wege eingeschlagen werden.

Wir sind der Pol der Hoffnung!